

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Bischoff/Lieber: Wolfgang
Streecks Krisendiagnose



Kaphegyi/Piltz/Troost:
Bildungsfinanzierung



Hilde Wagner:
Zeit, dass wir was drehen!

R. Detje/O. König: Autoindu-
strie im Rückwärtsgang

**Forum
Gewerkschaften**

Lutz Brangsch: Russlands
»rasender Stillstand«



Behörden-»Versagen«

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Was hat der NSU?

Sozialismus u.a. im Internet

www.sozialismus.de

Regelmäßige Kommentare & Kurzanalysen zu aktuellen Themen & Ereignissen zwischen den monatlichen Printausgaben; außerdem Tipps & Termine, Kommentar- und Heftarchiv sowie Möglichkeiten zum Abonnieren u.v.a.m.

www.vsa-verlag.de

Die neuesten Buchveröffentlichungen aus dem VSA: Verlag, Lesungs- & Veranstaltungstermine, sämtliche lieferbare Titel, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben, ein wenig Verlagsgeschichte aus 40 Jahren Links u.v.a.m.

www.wissentransfer.info

Arbeitspapiere, PowerPoint-Präsentationen, Veranstaltungshinweise und -berichte, Referentinnen und Referenten sowie Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik e.V.

www.vorort-links.de

Plattform für Analysen & Ansichten aus Ländern, Städten und Regionen. vorortLINKS ist ein unabhängiges linkes Projekt, der LINKEN wohlgesonnen, aber immer auf der Suche nach breiteren Kooperationen.

www.linksnet.de

Ein linkes netzpolitisches Projekt mit großer Reichweite: Mehr als 40 linke Zeitschriften aus Politik und Wissenschaften stellen Beiträge, Rezensionen und z.T. Inhaltsverzeichnisse ein. Sozialismus war von Anfang an dabei.

Heft Nr. 5 | Mai 2013 | 40. Jahrgang | Heft Nr. 375

System- und Politik-»Versagen«

Steffen Dittes/Katharina König/Martina Renner/Christian Schaft/
Steffen Trostorff/Paul Wellsow: Was war der NSU? Thesen zum rechten Terror
und dem systembedingten »Versagen« der Behörden 2

Redaktion Sozialismus: Keiner sagt, was ist
Ein Wahlkampfjahr ohne Streit- und Grundsatzfragen? 6

Zeitdiagnose mit Krisenszenarien

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Schwelbrand im Euroraum
Notwendige Reformen der Währungsunion (aus dem Memorandum 2013) 10

Joachim Bischoff/Christoph Lieber: Wohin treibt der »demokratische
Kapitalismus«? Wolfgang Streecks Zeit- und Krisendiagnose 16

Ökonomische Diätpläne

Tobias Kaphegyi/Henrik Piltz/Axel Troost:
Bildungsfinanzierung im föderalen Magerstaat 24

Norbert Reuter/Klaus Steinitz: Wie den Wohlstand messen?
Probleme und sozial-ökologische Alternativen 30

Forum Gewerkschaften

Karl Georg Zinn: 30-Stunden-Woche: ohne Fragezeichen! 35

Hilde Wagner: Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik heute:
»Zeit, dass wir was drehen!« 37

Otto König/Richard Detje: Im Rückwärtsgang
Zur Lage der Automobilindustrie 44

Jan Schalauske: Vom mittelhessischen »Leuchtturm«
zur gescheiterten Privatisierung. Über die Bewegung gegen Stellenabbau
am Uniklinikum Gießen und Marburg 49

Udo Achten: Nie dürft ihr so tief sinken
Der 1. und 2. Mai 1933. 54

Akte & Akteure

Christina Ujma: Surreales Polittheater
Italienische Krise, Regierungsbildung und Präsidentenamt 58

Pertti Honkanen: Inselstaaten als Krisenherde
Zypern, Island und das Scheitern neoliberaler Politik 60

Lutz Brangsch: Rasender Stillstand
Russland bleibt Gleichung mit vielen Unbekannten 63

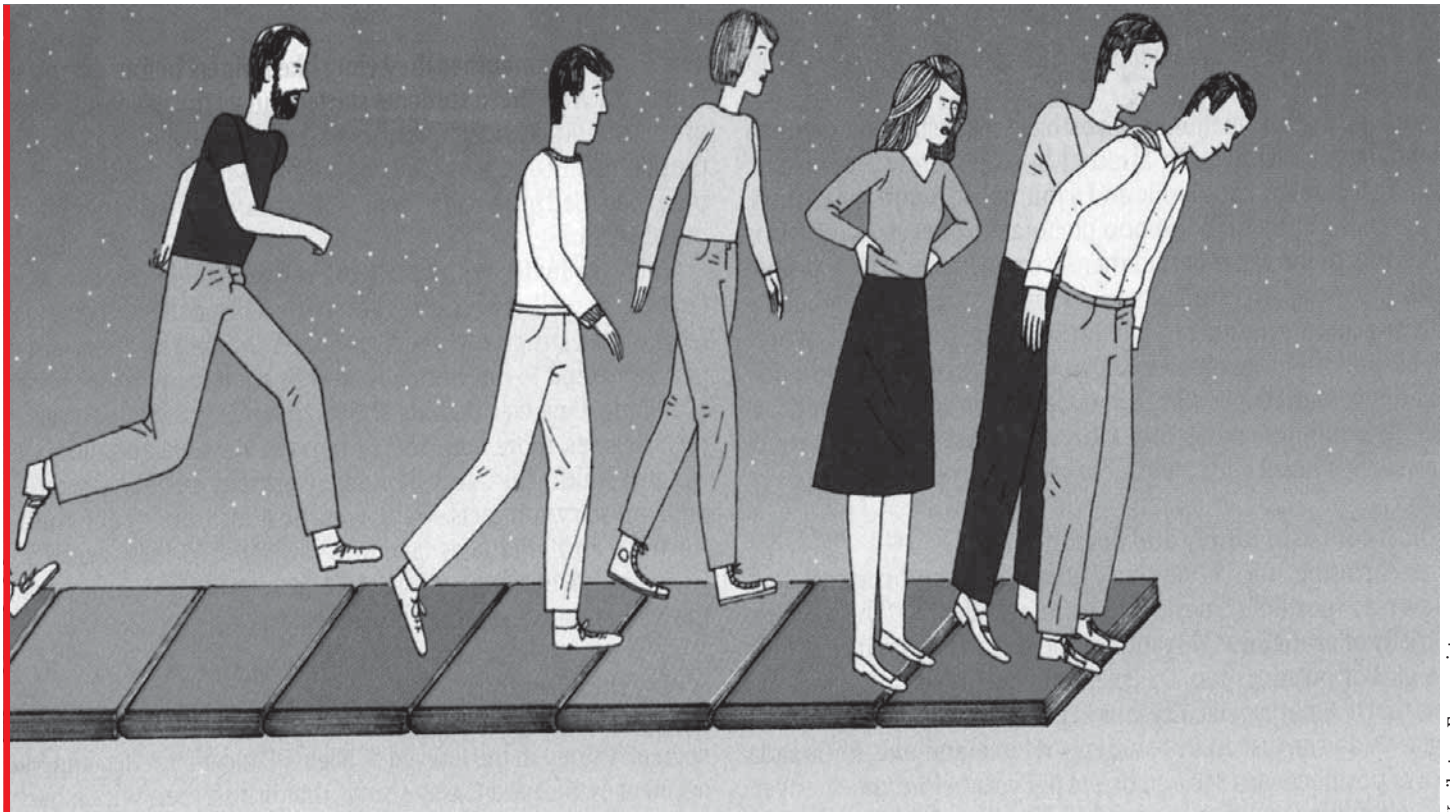
Impressum 67

Veranstaltungen & Tipps 68

Nadine Helwig: Smashed (Fimkritik) 69

Bildungsfinanzierung im föderalen Magerstaat

von | Tobias Kaphegyi, Henrik Piltz und Axel Troost



Karikatur: Economist

Stabile Problemlagen

Spätestens mit dem Bildungsgipfel 2008 in Dresden haben alle im Bundestag vertretenen Parteien anerkannt, dass das Bildungssystem unterfinanziert ist. Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten erklärten das Thema damals einmütig zur Chefsache. Mit der Ausrufung der Bildungsrepublik sollte eine Steigerung der Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einhergehen. Wie dringend diese Stärkung der Bildungsfinanzierung ist, wird durch den internationalen Vergleich deutlich. Die öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum BIP sind in Deutschland rund 20% geringer als in den meisten anderen Industrieländern. Im Vergleich zu Skandinavien beträgt der Abstand sogar teilweise mehr als 50% (siehe Abbildung 1 auf der Seite 26).

Um so erschreckender ist daher die Tatsache, dass seitdem nichts passiert ist. Ein wichtiger Baustein in der Architektur dieses Versagens ist im föderalen Staatsaufbau Deutschlands

zu suchen: Die Bundesländer verfügen seit der Föderalismusreform über (fast) alle Kompetenzen im Bildungssystem, gleichzeitig können sie ohne Zustimmung der Bundesebene keine zusätzlichen Steuereinnahmen generieren. Letzteres erwies sich als Achillesferse: Es gab weder ein Verfahren noch eine Vereinbarung, wie die Finanzierung der zusätzlichen Bildungsausgaben sichergestellt werden sollte. Stattdessen wurde offen gelassen, welchen Anteil davon Bund, Länder und Kommunen sowie die Bürgerinnen und Bürger selbst erbringen sollten. Durch die Einbeziehung von Teilen des Kindergeldes, von Steuerermäßigungen für Bildungsleistungen und anderer in der internationalen Statistik nicht berücksichtigten Größen wurde die zu schließende Finanzlücke parallel kleingerechnet (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010: 250).

Der tatsächliche Aufstockungsbedarf des Bildungsetats dürfte – ohne diese Taschenspielertricks – nahe an den bereits genannten 50% liegen, die notwendig wären, um das Niveau der skandinavischen Staaten zu erreichen. Nach den Berechnung

von Piltz (2011) besteht ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf von rund 56,8 Milliarden Euro sowie ein einmaliger Investitionsbedarf von ca. 45,3 Milliarden Euro, der durch die öffentlichen Haushalte finanziert werden muss. Diese Berechnungen beruhen auf der Annahme, dass sich die Finanzierung des Bildungssystems an den Bedürfnissen der am Bildungsprozess beteiligten Menschen orientiert – also vor allem an den Lehrenden und Lernenden. Zentrale Maßnahmen eines solchen Konzepts sind insbesondere die Verbesserung der Betreuungs- und Unterrichtsverhältnisse in allen Bereichen des Bildungssystems (eine Schule für alle, geringere Klassengrößen, Inklusion, flächendeckende schulpsychologische und schulpädagogische Betreuung), der Ausbau von Ganztagsangeboten im Elementarbereich und in den allgemeinbildenden Schulen sowie die starke Verringerung der privat zu erbringenden Finanzierungsanteile im Bildungssystem.

Diese Maßnahmen sind dringend notwendig, denn nach wie vor steht das deutsche Bildungssystem für eine im internationalen Vergleich hohe soziale Selektivität. Unter Verwendung eines neuen Indikators, der untersucht, wie individuell sich Geschwister in Bezug auf Einkommen und Bildungsabschluss entwickeln und wie stark sie in ihrem Erfolg von ihrem Familienhintergrund determiniert werden (»Geschwisterkorrelation«), weisen aktuelle Arbeiten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für Deutschland sogar einen größeren Zusammenhang zwischen dem familiären Hintergrund und dem Bildungsergebnis nach als zwischen dem familiären Hintergrund und der (stark genetisch bedingten) Körpergröße (vgl. Schnitzlein 2013). Solch ein Ausmaß an sozialer Vererbung von ungerecht verteilten Bildungs- und Lebenschancen ist mit einer demokratischen Gesellschaft kaum vereinbar und führt zwangsläufig zu vielfältigen Spannungen, Konflikten und gesellschaftlichen Problemen (vgl. Wilkinson/Pickett 2009). Darüber hinaus ist eine umfangreichere Bildungsfinanzierung notwendig, um Kinder zu sozialen, selbständigen und kritikfähigen Menschen zu erziehen.

Gegen solche Finanzierungskonzepte wird immer noch viel zu oft eingewandt, dass das deutsche Bildungssystem effektiver sei als in anderen Staaten Europas, und deshalb mit geringeren öffentlichen Finanzmitteln auskommen könnte – gerade wegen seiner starken Orientierung am Arbeitsmarkt. Als Beispiel wird vor allem das System der Dualen Ausbildung genannt, das angeblich zu einer geradezu traumhaft niedrigen Jugendarbeitslosenquote beiträgt – im Gegensatz zu Quoten von mehr als 50% in Spanien und Griechenland.

Tatsächlich ist das duale Ausbildungssystem, trotz der um Welten besseren ökonomischen Situation in Deutschland, nicht annähernd so effektiv wie behauptet. Das parallel zum dualen System existierende so genannte Übergangssystem wurde in den letzten Jahren massiv ausgebaut. In diesem werden Jugendliche untergebracht, die zu Beginn eines Ausbildungsjahres keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Im Jahr 2011 wurden über vier Milliarden Euro aufgewandt, um fast 300.000 Jugendliche in diesem Übergangsbereich zu »betreuen«. Trotzdem verließ der größte Teil von ihnen das Übergangssystem wieder, ohne eine Weiterqualifikation erhalten zu haben. Die Jugendarbeitslosigkeit wird hierdurch nur verschleiert (Dräger/Frick 2012: 4). Dieses Übergangssystem verstärkt zudem die hohe soziale Se-

lektivität des deutschen Bildungssystems. Denn »die sozialen Selektionsprozesse [...] sind für den Übergang aus der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung in Deutschland bisher besonders stark ausgeprägt [...]. Das duale System ist seit 2000 die Domäne von Schulabsolventen und -absolventinnen mit mittlerem Abschluss und Hochschulreife, die [...] zwei Drittel der Ausbildungsplätze besetzen.« (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 103) Im Übergangssystem werden also vor allem Jugendliche mit geringem Bildungsabschluss und mit Eltern geparkt, die nur über einen niedrigen sozioökonomischen Status verfügen. Sie befinden sich im Übergangssystem in den allermeisten Fällen auf einem – für den Staat mit hohen Ausgaben verbundenen – Weg in die Perspektivlosigkeit. Aufgrund des Übergangssystems tritt dies nicht offen zutage und wird politisch kaum kritisiert.

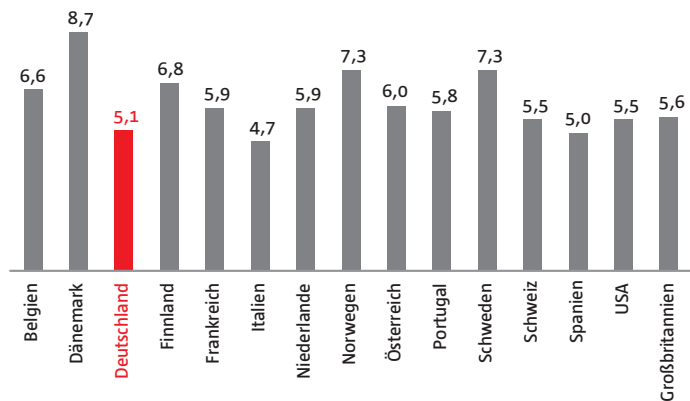
Knapp fünf Jahre nach dem Bildungsgipfel stellt sich daher die Frage, ob die (Bildungs-)Politik aus diesem kollektiven Versagen gelernt hat. Versprechen die Parteien noch immer eine bessere Bildungspolitik und spiegeln sich diese Forderungen in ihrer Finanz- und Steuerpolitik wider? Sind diese Versprechen seriös, weil Bundes- und LandespolitikerInnen an einem Strang ziehen? Werden neue Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen für nötig befunden oder an Austeritätspolitik, Schuldenbremse und neoliberalen Konsolidierungskurs festgehalten?

Reaktionen der Politik

In den Wahlprogrammen aller im Bundestag vertretenen Parteien, sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene, findet sich weiterhin das Versprechen, mehr Finanzmittel in das Bildungssystem umzuleiten (vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2013 und Piltz 2013). Beispielsweise forderten die baden-württembergischen Grünen u.a. 7.500 zusätzliche ErzieherInnenstellen für die Betreuung von Kindern über drei Jahren sowie 1.000 LehrerInnen für den Ganztagschulausbau (siehe die Seiten S. 97 und 109 des Wahlprogramms). Wahlversprechen, die schon alleine mehrere hundert Millionen Euro kosten würden. Die baden-württembergische SPD forderte im Wahlkampf u.a. den vom Landesrechnungshof ermittelten Investitionsstau von fünf Milliarden Euro im Hochschulbau schneller abzubauen als von der CDU/FDP-Landesregierung unter Stefan Mappus geplant. Zusätzlich sollten die Studiengebühren abgeschafft und gleichzeitig zusätzliche Master-Plätze an den Hochschulen geschaffen werden. Auch diese Forderungen würden mehrere hundert Millionen Euro kosten und bildeten nur einen geringen Teil der Wahlkampfforderungen der baden-württembergischen Sozialdemokraten im Bildungsbereich sowie im gesamten Wahlprogramm.

Tobias Kaphegy, Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen, Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Schwerpunkt: Bildungspolitik. Aktiv bei ver.di und beim DGB. *Henrik Piltz*, Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro von Axel Troost, Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Schwerpunkt: Bildungspolitik. Aktiv bei der GEW. *Dr. Axel Troost*, Wirtschaftswissenschaftler, Finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei DIE LINKE, Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Abbildung 1: Öffentliche Bildungsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt in % im Jahr 2009



Quelle: OECD 2012: 271

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2013) hat die Kosten der in den Wahlprogrammen der beiden Volksparteien für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2012 enthaltenen Forderungen zum Bildungsbereich berechnet. Aus den Forderungen der CDU würden sich jährliche Mehrkosten in Höhe von mindestens 1,27 Milliarden Euro, für die SPD knapp 2,46 Milliarden Euro ergeben.

Im Folgenden soll empirisch geprüft werden, inwieweit die Parteien realistische Versprechen machen, wenn sie einerseits Verbesserungen im Bildungssystem versprechen und gleichzeitig weiterhin eine strenge Sparpolitik in Bund und Ländern praktizieren wollen, ohne über neue Steuern auf Gewinne und Vermögen höhere Steuereinnahmen erzielen zu wollen.

Bildungsrepublik, Schuldenbremse, Einlaufkurven

Es wird deutlich: Die Krise der Bildungsfinanzierung kann nicht isoliert von der Entwicklung der Staatsfinanzen betrachtet werden. Die seit mehr als zwei Dekaden vorherrschende neoliberale Entstaatlichungslogik hat die Staatsfinanzen in eine nachhaltige Krise geführt. Mehr als zwei Drittel der Staatsverschuldung in Deutschland sind nach dem Jahr 1990 entstanden. Rund die Hälfte dieser Verschuldung ist Folge dreier Entwicklungen: Zum ersten die Steuerrechtsänderungen seit 1998 zu Gunsten von Unternehmen und Vermögenden. Zum zweiten die Stützung des Bankensektors während der 2008 in Deutschland beginnenden Finanzmarktkrise, die sich aus der weltweite Deregulierung des Finanzsystems entwickelt hatte. Zum dritten die beiden Konjunkturpakete sowie die Steuerausfälle im Zuge des starken Wirtschaftseinbruchs im Jahr 2009, der die Übertragung der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft darstellt (vgl. Troost 2013: 5). Zudem verursachen die Steuerrechtsänderungen auch weiterhin konstante Mindereinnahmen in den öffentlichen Haushalten, so dass sich Bund, Länder und Kommunen weiter verschulden müssen. Mit der vor kurzem beschlossenen Anhebung des Grundfreibetrages ab 2013 werden Bund, Länder und Kommunen weitere Steuerausfälle in Höhe von jährlich ca. 2,5 Milliarden Euro verkraften müssen.

Diese Entwicklung hat den Spielraum zukünftiger Landes- und Bundesregierungen sowie der kommunalen Gebietskörper-

Tabelle 1: Spielräume in den Länderhaushalten von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

Haushaltsjahr 2011	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen
Einnahmen insgesamt (in Millionen Euro)	39.360,1	56.013,2
davon Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonst. Leistungen)	6.594,7	9.058,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen	7.310,5	8.385,2
Zinszahlungen	1.828,9	4.332,9
variierbare Ausgaben	23.626,0	34.236,5
Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung	12.488,2	21.437,9
variierbare Ausgaben ohne Bildung, Wissenschaft und Forschung	11.137,8	12.798,5
Nettokreditaufnahme	- 1,9	3.167,6
Entnahme aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	540,6	-
Einnahmen aus (kassenmäßigen) Überschüssen aus Vorjahren	522,3	-

Quelle: Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 und Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 2011 und eigene Berechnungen.

schaften massiv eingeschränkt. Mit der Verabschiedung und beginnenden Umsetzung der so genannten Schuldenbremse und des Fiskalvertrages ist die Aufnahme neuer Schulden zur Verbesserung des Bildungssystems nicht mehr möglich. Die Schuldenfinanzierung war in der Vergangenheit zwar auf Gebäude und sonstige Investitionen beschränkt, ließ den Gebietskörperschaften jedoch einen durchaus beträchtlichen Spielraum – für Nordrhein-Westfalen beispielsweise im Jahr 2011 mehr als drei Milliarden Euro. Für die öffentliche Bildungsfinanzierung stellt sich also eine entscheidende Frage: Welche Spielräume existieren überhaupt noch in den öffentlichen Haushalten, um (mehr) Finanzmittel für die Bildung bereitzustellen, und wie werden sich diese in Zukunft verändern?

Um sich ein realistisches Bild davon zu verschaffen, ist ein Blick insbesondere auf die Länderhaushalte von großer Bedeutung. Die Finanzierung des Bildungssystems wird zum größten Teil aus ihrem Steueraufkommen finanziert, wie das Beispiel der zwei von SPD und Grünen regierten Bundesländer Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen deutlich macht (siehe Tabelle 1). Den strukturell stabilsten Landeshaushalt weist Baden-Württemberg aus, das seine Nettoverschuldung 2011 um 1,9 Millionen Euro senken konnte. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass dies nur erreicht werden konnte, weil es eine hohe *Entnahme aus Rücklagen, Fonds und Stöcken* gegeben hat (540,6 Millionen Euro) sowie *Einnahmen aus (kassenmäßigen) Überschüssen aus Vorjahren* in Höhe von 522,3 Millionen Euro angefallen sind. Letzteres ist überwiegend auf die schnelle konjunkturelle Erholung nach dem Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 zurückzuführen und wird dauerhaft nicht zu wiederholen sein. Der grün-roten Landesregierung ist durchaus zuzutrauen, dass sie einen ausgeglichenen Haushalt in den kommenden Jahren vorlegt – wie es die Schuldenbremse bis 2019 vorsieht. Weitere signifikante Spielräume für zusätzliche Bildungsausgaben las-

sen sich jedoch nicht erkennen. Im Gegenteil: Schon jetzt soll an LehrerInnengehältern gespart werden.

Für Nordrhein-Westfalen lässt sich anhand einer Nettokreditaufnahme von über drei Milliarden Euro im Jahr 2011 bis zum Greifen der Schuldenbremse und dem Verbot der Nettoverschuldung ab dem Jahr 2019 nicht der geringste Spielraum erkennen, der für eine signifikante Verbesserung in der Bildungspolitik sorgen könnte. Auch wenn das Land noch aufgrund der Abwicklung seiner Landesbank ein in der Zukunft hoffentlich bald wegfallendes Problemfeld besitzt, zeigt die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung bis 2016, dass die finanziellen Probleme in Nordrhein-Westfalen schwerwiegend sind. Nach der mittelfristigen Finanzplanung ist mit »kalten« Ausgabenkürzungen im Bildungsbereich zu rechnen, d.h. das Land wird zwar die absoluten Ausgaben für diesen Bereich erhöhen, die Preissteigerung wird jedoch voraussichtlich über diesem Ausgabenwachstum liegen. Damit werden dem Bildungsbereich weitere Finanzmittel entzogen.

Die Betrachtung der zwei Landeshaushalte im Jahr 2011 ist insgesamt nicht ausreichend, um das bestehende Problem der Staatsfinanzierungskrise einzufangen. Sie ist jedoch symptomatisch für die Situation in den übrigen Bundesländern.

Mehr Geld für Bildung – aber wie?

Mit dem Versprechen, mehr Geld für die Bildung bereitzustellen, bei gleichzeitigem Kürzungsdruck durch die Schuldenbremse, sind auch die Parteien gezwungen, in ihren Wahlprogrammen Vorschläge zur Gegenfinanzierung anzubieten. Offeriert werden dabei vor allem von CDU und FDP – aber auch von SPD und Grünen – die klassisch neoliberalen Ansätze: die so genannte Aufgabenkritik, Entbürokratisierung und Privatisierung. Bei der »Aufgabenkritik« geht es in erster Linie um die Reduzierung der bisher vom Land wahrgenommenen Aufgaben. Ähnliches gilt auch für die Entbürokratisierung, mit der nicht nur in der öffentlichen Verwaltung Gesetze, Verordnungen oder sonstige Regulierungen gestrichen und damit Kosten gesenkt werden sollen.¹ Derartige Maßnahmen haben in den vergangenen Jahren jedoch die Funktionsfähigkeit des Staates massiv beeinträchtigt. So hat beispielsweise der Personalabbau im Bereich der Steuerfahnder zu Steuermindereinnahmen von bis zu 50 Milliarden Euro geführt – je nach Schätzmethode (vgl. Kraft 2009).

Die dritte Variante zur »Hebung von Effizienzreserven« in den öffentlichen Haushalten ist die Privatisierung. Häufig wird damit nur die Einbeziehung von Privaten in den Prozess der Leistungserbringung – entweder durch Privatisierung oder Public Private Partnership Modelle (PPP) – verstanden. Sie tritt allerdings auch durch die Implementierung von Methoden des sogenannten New Public Managements auf. Ziel dieser Maßnahmen ist die Schaffung von Märkten, um die Leistungserbringung des Staates dem wettbewerblichen Konkurrenzdruck zu unterwerfen. Dieser soll zum effizientesten Mitteleinsatz und gleichzeitig zum höchstmöglichen Zielerreichungsgrad führen – eine Ideologie, die empirisch bereits oft widerlegt wurde (vgl. z.B. Bundesrechnungshof 2009, Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten 2011 und Broß/Engartner 2013). Bei Privatisierungen konnten in der Regel entwe-



Hiermit bestelle ich:

Jahresabo/Geschenkabo
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),
Halbjahresabo/Geschenkabo
12 Hefte € 32,-
Jahresförderabo € 104,-
Halbjahresförderabo € 75,-

Vorname/Name

Adresse

Datum/Unterschrift

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Dietrich Kittner. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Verlag Ossietzky GmbH

**Fax 0511 - 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net
www.ossietzky.net**

der höhere Kosten oder schlechtere Qualität nachgewiesen werden. Signifikante Ersparnisse wurden nicht erzielt.

Selbst wenn durch Aufgabenkritik, Entbürokratisierung und Privatisierung tatsächlich Einsparungen erreichbar wären, würden sie niemals den zur Umsetzung der Schuldenbremse und zur Verbesserung der Bildungsfinanzierung notwendigen Umfang erreichen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie nicht einmal ausreichen werden, um Einschnitte infolge der Schuldenbremse zu verhindern – vor allem weil bereits in den vergangenen Jahren Aufgabenkritik und Bürokratieabbau betrieben wurde. Die von Grünen und SPD gestellte Regierung in Baden-Württemberg beweist dies gerade eindrucksvoll: So wurden mit der Abschaffung der Studiengebühren zwar mehr öffentliche Mittel für die Hochschulen bereitgestellt. Kurz darauf kündigte die gleiche Landesregierung jedoch an, Tausende von LehrerInnenstellen zu streichen – mit Verweis auf die Schuldenbremse, die unter allen Umständen umgesetzt werden müsse. Hätte die Landesregierung Alternativen, um die Ausgaben zu reduzieren, würde sie diese sicherlich umsetzen.

Es bleibt also letztlich nur ein Weg, um mehr Finanzmittel für die Bildung bereitzustellen: Steuererhöhungen. Wie oben bereits ausgeführt, sind die Bundesländer für die Finanzierung, Organisation und Bereitstellung großer Teile des Bildungssystems verantwortlich, verfügen aber über keine originäre Gesetzgebungskompetenz in Steuerfragen – mit Ausnahme einiger

¹ Zudem stellt sich die Frage, ob dieser »Bürokratieabbau« nicht auch Klientelpolitik darstellt, da die Begünstigten vor allem Menschen mit hohem Einkommen und/oder Vermögen sind.

Tabelle 2: Länderspezifische Forderungen aus den Steuerkonzepten von SPD, Grünen und LINKEN in den Bundestagswahlprogrammwürfen für die Bundestagswahl 2013¹

Detail	SPD	Grüne	DIE LINKE
Wiederbelebung Vermögensteuer	Ja, mit Mehraufkommen von 10-12 Mrd. €	Ja, mit Mehraufkommen von rund 10 Mrd. €	Ja, mit Mehraufkommen von 80 Mrd. €
Erbschaft- und Schenkungsteuer	Keine grundsätzliche Reform (Mehraufkommen: unklar)	keine genauen Details zu Reform (Mehraufkommen: 4 Mrd. €)	Grundsätzliche Reform bei Tarif und Freibeträgen (Mehraufkommen: 7 Mrd. €)
Körperschaft- und Gewerbesteuer	keine Veränderung bei Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer soll weiterentwickelt werden (Mehreinnahmen: unklar)	Subventionsabbau für große Unternehmen sowie breitere Bemessungsgrundlage für Gewerbesteuer (Mehraufkommen: unklar)	Umwandlung Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer, Anhebung des Steuersatzes der Körperschaftsteuer von 15 auf 25% und weitere Maßnahmen (Mehraufkommen 45 Mrd. €)
Mehrwert- und Energiesteuern	Abschaffung der »Mövenpicksteuer« sowie Abbau steuerlicher Subventionen mit ökologisch schädlicher Wirkung (Mehreinnahmen: mind. 1 Mrd. €)	Abschaffung mehrere Ausnahmen im Bereich der Umsatzsteuer sowie Ausbau der Ökosteuern durch Streichung von Ausnahmen (Mehreinnahmen: ca. 10,5 Mrd. €)	Abschaffung der »Mövenpicksteuer«, Senkung der Stromsteuer sowie Einführung einer Kerosinsteuer (Mehreinnahmen: 3 Mrd. €)
Mehreinnahmen insgesamt davon an Länder ²	mind. 11-13 Mrd. € mind. 10,5-12,5 Mrd. €	mind. 24,5 Mrd. € mind. 15,4 Mrd. €	mind. 135 Mrd. € mind. 106 Mrd. €

¹ Die finanz- und steuerpolitischen Forderungen von SPD, Grünen und LINKEN in den Programmwürfen für die Bundeswahl sind grundsätzlich deckungsgleich mit den Forderungen in den letzten Landtagswahlprogrammen für Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. ² Schätzung nach bestehendem Verteilungsschlüssel für die einzelnen Steuerarten. Quelle: eigene Berechnungen.

Bagatellsteuern, mit denen sie knapp 5% ihres Steueraufkommens generieren. Es lohnt sich also, einen Blick in die Programmwürfe der Parteien für die anstehende Bundestagswahl zu werfen.

Insgesamt haben drei Parteien die Forderung nach Steuererhöhungen in ihre Programmwürfe aufgenommen. Neben der LINKEN – die dies seit ihrer Gründung fordert – haben SPD und Grüne dieses Thema wieder für sich entdeckt, und das obwohl die beiden Parteien mit ihrer Steuerreform 1998 für die größten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik und die daraus folgende Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte verantwortlich zeichnen. Tabelle 2 zeigt einen Ausschnitt aus den steuerpolitischen Forderungen von SPD, Grünen und LINKEN sowie eine Schätzung über deren Aufkommen. Da bisher der Schwerpunkt der Betrachtung auf die Länderhaushalte gerichtet war, sind vor allem die Steuern enthalten, die insbesondere den Ländern zu zusätzlichen Einnahmen verhelfen, Bagatellsteuern bzw. Steuererhöhungen, die keine nennenswerten Mehreinnahmen erwarten lassen, werden nicht betrachtet.

Tabelle 3: Verteilung der Mehreinnahmen der Bundesländer (in Milliarden Euro) auf einzelne Bundesländer

	Länder insgesamt	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Sachsen
Steuereinnahmen 2011 (Ist)	224,27	27,34	43,94	13,67
Mehreinnahmen ausgewählter Einzelmaßnahmen¹				
Gemeindewirtschaftsteuer (brutto) Anrechnung auf Einkommensteuer	-3,00	-0,38	-0,64	-0,15
Millionärsteuer				
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20,00	2,57	4,26	0,99
Abschaffung Abgeltungsteuer	2,10	0,27	0,45	0,10
Verbesserungen beim Steuervollzug	6,50	0,83	1,38	0,32
Steuereinnahmen nach Reform	249,87	30,62	49,39	14,94
absoluter Zuwachs der Steuereinnahmen	25,60	3,28	5,45	1,27

¹ Gerundete Werte für Länder auf Grundlage ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung (für Stadtstaaten: Einwohnerfaktor 1,35)
Quelle: Höll/Pitterle/Troost 2013: 24/25 und eigene Berechnungen.

Eine Übersicht mit der Verteilung der Steuermehreinnahmen aus den ausgewählten steuerpolitischen Forderungen der LINKEN auf sämtliche Bundesländer kann unter <http://dokumente.linksfraktion.net/download/staatsschuldenkrise.pdf> heruntergeladen werden.

Können so Bildungsreformen finanziert werden?

Vergleicht man die Volumina der einzelnen Steuerkonzepte mit bisherigen Schätzungen über den Finanzbedarf im deutschen Bildungssystem, genügt lediglich das Konzept der LINKEN diesen Ansprüchen. Es weist nicht nur das notwendige Volumen auf, sondern berücksichtigt den Mehrbedarf der Bundesländer als Hauptfinanzier des Bildungssystems. Die von SPD und Grünen angekündigten Steuererhöhungen werden im besten Falle dafür sorgen, dass bei der Umsetzung der Schuldenbremse keine weiteren Kürzungen im Bildungssystem notwendig sind. Mehr Finanzmittel für die Bildung sind mit diesen Konzepten nicht finanzierbar.

Die in Tabelle 3 vorgenommene Beispielrechnung soll dies verdeutlichen: Es sind vier Einzelmaßnahmen dargestellt, die zur Korrektur der schwerwiegenden Folgen der Steuer- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre besonders geeignet sind.² Zudem genießen sie im alternativen wirtschaftswissenschaftlichen sowie gewerkschaftlichen Spektrum eine breite Zustimmung, was eine Umsetzung als Sofortpaket befördert. Im Einzelnen handelt es sich erstens um die Wiedereinführung einer Vermögensteuer in der Form, wie sie das Bündnis *umFAIRteilen* vorschlägt.³

Zweitens um die Abschaffung der Abgeltungsteuer. Drittens um die Verbesserung des Steuervollzuges und der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Abschließend wird in den Berechnungen die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftsteuer berücksichtigt. Hintergrund der letzten Maßnahme ist, dass das Sofortprogramm entwickelt wurde, um insbesondere den von einer extrem angespannten Haushaltslage betroffenen Ländern und Kommunen zusätzliche Einnahmen zu generieren.⁴

Insgesamt würden diese Maßnahmen die Einnahmen der Bundesländer jährlich um rund 25,6 Milliarden Euro erhöhen. Und nimmt man wiederum die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg als Beispiel, hätten sie mit 3,28 bzw. 5,45 Milliarden Euro hohe Zuwächse bei den Steuereinnahmen zu verbuchen. Beide Bundesländer könnten mit diesen Mehreinnahmen ihre Neuverschuldung dauerhaft auf Null reduzieren. Sie hätten darüber hinaus sogar einen Zuwachs an Finanzmitteln, der Mehrausgaben für das Bildungssystem ermöglichen würde. Jedoch würden selbst diese zusätzlichen Mittel noch weit hinter dem einleitend dargestellten Finanzierungsbedarf des Bildungssystems zurückbleiben.

Hervorzuheben ist zudem, dass SPD und Grüne sich im Bundestag nie von der neoliberalen Finanz- und Steuerpolitik ihrer Regierungsjahre unter Gerhard Schröder gelöst haben. So stimmten sie für die Einführung der Schuldenbremse und des Fiskalvertrages, die es den Bundesländern in Zukunft unmöglich macht, Investitionen – z.B. zum Bau von Schulen und Hochschulen – durch Schulden vorzufinanzieren.

Diese ideologische Fixierung auf Schuldenabbau und eine neoliberale Konsolidierungspolitik ist bei den Bundestagsabgeordneten von SPD und Grünen tief verankert. Bei der Debatte um den Haushalt 2013 konnte dies beispielhaft in der Diskussion um das von der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP beschlossene Betreuungsgeld beobachtet werden. Obwohl die SPD einen Gegenantrag eingebracht hatte, der vorsah, die für das Betreuungsgeld vorgesehenen Mittel zum Ausbau der vorschulischen Infrastruktur zu nutzen (siehe Bundestagsdrucksache 17/9572), forderten die SPD-Haushälter, diese Mittel zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen (vgl. Protokoll der 206. Sitzung des Deutschen Bundestages, S. 25104ff.). Es ist also mehr als fraglich, ob die im Wahlprogramm der SPD angekündigten erhöhten Bildungsausgaben nach der Wahl tatsächlich realisiert werden würden.

Ausblick

Das Bildungssystem leidet unter einer chronischen Unterfinanzierung. Das ist in der deutschen Parteienlandschaft inzwischen fast Konsens. Auch wenn einige wenige Parteien noch auf eine stärkere Beteiligung der BildungsteilnehmerInnen durch Gebühren drängen, hat sich dieses Modell bisher nur im Weiterbildungsbereich etablieren können. Studiengebühren sind in fast allen Bundesländern wieder abgeschafft worden, Gebühren für Kindertageseinrichtungen werden inzwischen selbst von Arbeitgeberverbänden kritisiert.

Anhand der Forderungen der Parteien in ihren Landtagswahlprogrammen zeigt sich, dass eine signifikante Verbesserung im Bildungsbereich nur durch Steuererhöhungen auf Reichtum und Vermögen im Bund möglich ist. Denn in den Länderhaushalten besteht ein starker Druck zur Reduzierung der Ausgaben. Eine Aufstockung der Bildungsausgaben ist unter diesen Bedingungen so gut wie ausgeschlossen.

Die kosmetischen Korrekturen am Steuersystem, die von SPD und Grünen vorgeschlagen werden, sind viel zu gering. Es bedarf deutlich umfangreicherer Finanzmittel, um das deutsche Bildungssystem auf den internationalen Standard anzuheben. Als

einzigste Partei hat bisher nur DIE LINKE ein Konzept vorgelegt, das das notwendige Finanzvolumen hierfür aufbringen würde. Mit den systematischen Falsch-Versprechungen der meisten Parteien geht das Risiko einher, die Politikverdrossenheit weiter zu befördern.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2013): MEMORANDUM 2013: Umverteilen – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010): MEMORANDUM 2010: Sozial-ökologische Regulierung statt Sparpolitik und Steuergeschenken, Köln.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld.
- Barro, Robert J. (1997): Determinants of Economic Growth: a Cross-Country Empirical Study. Cambridge (Mass.)
- Broß, Siegfried/Engartner, Tim (2013): Vom Wasser bis zur Müllabfuhr: Die Renaissance der Kommune, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2013, Bonn.
- Bundesrechnungshof (2009): Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zu Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Bundesfernstraßenbau, Bonn.
- Dräger, Jörg/Frick, Frank (2012): Vorwort, in: Klemm, Klaus (2012): Was kostet eine Ausbildungsgarantie in Deutschland? Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Höll, Barbara/Pitterle, Richard/Troost, Axel (2013): »Staatsschuldenkrise« und Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand – Alternativen zur Politik der leeren Kassen; Berlin. <http://dokumente.linksfraktion.net/download/staatsschuldenkrise.pdf>
- Kraft, Andreas (2009): Deutschland – ein Steuerparadies. In: Frankfurter Rundschau vom 4.8.2009.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): Education at a Glance 2012; Paris.
- Piltz, Henrik (2013): Umsetzbarkeit der bildungspolitischen Forderungen in den Landtagswahlprogrammen von CDU, SPD, Grünen, LINKEN und FDP in Zeiten der Schuldenbremse. www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/mo613.pdf.
- Piltz, Henrik (2011): Bildungsfinanzierung für das 21. Jahrhundert – Finanzierungsbedarf der Bundesländer zur Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems, Studie im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung, Frankfurt.
- Schnitzlein, Daniel D. (2013): Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg. In: DIW Wochenbericht Nr. 4.2013.
- Troost, Axel (2013): Hintergrund: Staatsverschuldung in Deutschland. 2. aktualisierte Fassung, Berlin. www.axel-troost.de/article/7024.hintergrund-staatsverschuldung-in-deutschland-2-aktualisierte-fassung.html?sstr=Staatsverschuldung.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, 2. Auflage, Berlin.

² Das dargestellte Sofortprogramm besteht aus fünf Teilen. Der fünfte Teil ist die Finanztransaktionssteuer. Da diese ausschließlich dem Bund zufließt, wird sie im Weiteren nicht berücksichtigt (vgl. Höll/Pitterle/Troost 2013: 16f.).

³ Dieses Konzept sieht Mehreinnahmen für die Bundesländer in Höhe von 20 Milliarden Euro vor.

⁴ Das Konzept der Gemeindefinanzierung sieht vor, das Volumen der Gewerbesteuer durch Einbeziehung von Selbständigen und Freiberuflern sowie die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu erhöhen – bei gleichzeitig steigendem Freibetrag. Dieser Ausbau der Gewerbesteuer ist notwendig, da die Kommunen ebenfalls unter einer chronischen Unterfinanzierung leiden und die bisherige Gewerbesteuer im Konjunkturverlauf keine verlässliche Steuerquelle ist. Da die Gemeindefinanzierungszahlungen – wie die Gewerbesteuer – bei der Berechnung der Einkommensteuer berücksichtigt werden, ergeben sich hier Verluste im Bereich der Einkommensteuer.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

